



Außenministerin Lydie Polfer und Premierminister Jean-Claude Juncker 2004 anlässlich eines EU-Gipfels (© Rat der Europäischen Union)

Erste Weichenstellungen 2004-2012

4.2.2004



Facebook geht online.

1999-2004



Die CSV-DP-Koalition von 1999-2004 wird zu einer demütigenden Erfahrung für die DP, der es nicht gelingt neben

der CSV einen Platz zu finden. Jean-Claude Junckers Popularitätswerte steigen dagegen.

2004-2005



Bei den nationalen Kammerwahlen von 2004 ist die CSV der große Sieger und kann einen Zugewinn von 5 Sitzen auf nunmehr 24 Mandate verbuchen. Der kleine Koalitionspartner, die DP, ist hingegen mit einem Sitzverlust von fünf Mandaten der

eindeutige Verlierer. Premierminister Jean-Claude Juncker und die CSV entscheiden sich, eine Koalition mit der LSAP einzugehen. Die DP, die sich in der Folge unter Claude Meisch erneuert, rückt auf die Oppositionsbank. Sie nimmt dort neben einer

immer noch recht jungen grünen Partei Platz, die sich durch ein starkes Wahlergebnis (+zwei Sitze gegenüber 1999) bestätigt fühlt. Die Vertreter beider Parteien im Parlament finden sich – trotz ideologischer Vorbehalte – auf Antrieb sympathisch und bauen im Zuge der Oppositionsarbeit eine gegenseitige Vertrauensbasis auf.

Bei den Kommunalwahlen 2005 münden diese ersten Annäherungen in einer für viele überraschenden DP-Déi Gréng-Koalition in der Hauptstadt. Das gute Einvernehmen zwischen

Bürgermeister Paul Helminger (DP) und dem ersten Schöffen der Hauptstadt François Bausch (Déi Gréng) strahlt auf die Gesamtparteien über.

Die CSV bemerkt nicht, dass ihre übermächtige Stellung und ihr häufig rücksichtsloses Verhalten zu einer „negativen Integration“ im politischen Raum führt. Vereinzelt Akteure aus Zivilgesellschaft, Presse und Oppositionsparteien beginnen die CSV und den herablassenden Regierungsstil Jean-Claude Junckers als Problem wahrzunehmen.

15.7.2006



Twitter geht online.

19.2.2008



Euthanasiegesetz: Als dritter Staat weltweit beschließt das Parlament des Großherzogtums Luxemburg mit knapper Mehrheit die Zulassung der aktiven Sterbehilfe. Zum ersten Mal bringt eine Abstimmung eine Mehrheit gegen die CSV hervor. Für den

von Lydie Err (LSAP) und Jean Huss (Déi Gréng) eingebrachten Gesetzesentwurf stimmen in erster Lesung 30 Abgeordnete, aus den Reihen der LSAP, der DP und der Grünen. Die 26 Abgeordneten der CSV stimmen dagegen, 3 Abgeordnete enthalten sich.

2.12.2008



In einer Nacht- und Nebelaktion werden dem Großherzog ein Teil seiner Prärogativen entzogen. Er hatte angekündigt, das Euthanasiegesetz aus ethischen Gründen nicht sanktionieren zu wollen („gut zu heißen“). Premierminister Juncker, der wohl bis zum Schluss auf ein Einknicken des Großherzogs gesetzt hatte, verkalkuliert sich und erzwingt eine Verfassungsreform, um einer Regierungskrise vorzubeugen. In einer Sitzung mit den Fraktionspräsidenten wird die Verfassungsänderung am Parlament vor-

bei, im Sitzungssaal des Staatsministeriums hinter verschlossenen Türen ausgehandelt. Das Parlament wird später nur noch durchwinken. In Zukunft muss der Großherzog Gesetze nur noch promulgieren („erlassen“). Das Staatsoberhaupt, das für seine Kommunikation auf den Premierminister angewiesen ist und sich politisch nicht äußern darf, wird von den Medien und der gesamten politischen Klasse als Schuldiger der Krise vorgeführt.

Juni 2009



Parlamentswahlen: Nicht zuletzt die allgemeine Verunsicherung in der Bevölkerung durch die Finanzkrise schenkt der CSV einen historischen Wahlsieg mit 26 von 60 Sitzen im Parlament. „De séchere Wee“ und die Fixierung auf die charismatische Führungsperson Jean-Claude Juncker zeigen sich als probates Mittel, die eigenen Reihen, aber auch die Wechselwähler, von der Unentbehrlichkeit der CSV zu überzeugen. Die Partei um Jean-Claude Juncker kann sich erneut den Juniorpartner zwischen LSAP (13 Mandate), DP (9 Mandate) und Déi Gréng (7 Mandate) auswählen. Anders als bei den vorangegangenen Wahlen von 2004 muss nicht nur der Koalitionspartner der CSV, sondern auch die größte Oppositionspartei Verluste hinnehmen. So ist das Resultat für die DP besonders bitter, da sie mit nur mehr neun Sitzen weit hinter die eigenen Erwartungen fällt. Trotz

einer zwischenzeitlichen Annäherung zwischen CSV und Déi Gréng (Die Grünen wären für eine Regierungsbeteiligung bereit gewesen) entscheidet sich Jean-Claude Juncker für eine Fortführung der Koalition mit der LSAP. Die Koalitionsverhandlungen laufen Juncker zufolge „wie geschmiert“, so dass nach wenigen Wochen das Regierungsprogramm steht und vorgestellt wird. Ein Teil der Presse (*Lëtzebuurger Land*, *wocx*, *Lëtzebuurger Journal*) sowie die Oppositionsparteien üben Kritik am Koalitionsabkommen, da die entscheidenden Fragen der Krisenbewältigung offen bleiben.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen hatte die *wocx* zu einem Streitgespräch zum Thema „Ist eine Regierung ohne CSV-Beteiligung möglich?“ eingeladen. Nur wenige betrachteten die politische

Konstellation einer Dreierkoalition ohne CSV als reelle Möglichkeit. Der Journalist Richard Graf rekapitulierte später in der *worxx*: „Es war vor allem der LSAP-Vertreter Alex Bodry, der sich in der Debatte illusionsfrei präsentierte: Auch im Jahre 2009 komme

man nicht an der CSV als Regierungspartei vorbei.“ Die Fragestellung des Streitgespräches hatte dabei in den Reihen der CSV für große Empörung gesorgt. In der Wahrnehmung der CSV war damit das „Gespenst der Dreierkoalition“ aus der Flasche.

April 2010

Die im Zuge der Finanzkrise notwendig gewordenen Tripartite-Gespräche (zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber) scheitern. Juncker, der nach seiner misslungenen Kandidatur auf den Posten des EU-Ratspräsidenten nur lustlos die nationale Politik begleitet und als Vorsitzender der Euro-Gruppe immer stärker belastet ist, hatte dem Urteil der Teilnehmenden nach die Gespräche nur ungenügend vorbereitet. Zudem kommt es zu einem deutlichen Bruch mit dem bisherigen Prinzip, dass aus den Verhandlungen nichts an die Öffentlichkeit dringt. Jean-

Claude Reding (OGBL) veröffentlicht die Sparvorschläge der Regierung und erfindet damit die „offene Tripartite“. In den folgenden Tagen geht Arbeitsminister Nicolas Schmit (LSAP) auf Distanz zu Finanzminister Luc Frieden (CSV). Während der Chefredakteur des *Luxemburger Worts* Marc Glesener in einem Leitartikel Neuwahlen fordert, lässt die CSV informell nachfragen, ob die DP bereit sei, in eine Regierung einzutreten. Das wirtschafts- und sozialpolitische Projekt der CSV-LSAP-Koalition ist gescheitert.



Februar 2011

Mit Jean-Louis Schiltz tritt einer der wenigen liberalen CSV-Spitzenpolitiker von seinem Abgeordnetenmandat zurück. Er zieht die Konsequenz aus der Demontage, die er im Zuge der Tripartite-Verhandlungen durch Premierminister Juncker erlebt

hatte. Schiltz hatte sich selber mit Reformvorschlägen in die Verhandlungen eingemischt, die jedoch allesamt von Jean-Claude Juncker torpediert wurden.



Oktober 2011

Gemeindewahlen. In der Hauptstadt erreicht Xavier Bettel überraschend ein knapp besseres Ergebnis als Bürgermeister Paul Helminger (514 Stimmen Unterschied). Der junge Liberale zeigt keine Skrupel und greift nach dem Bürgermeisteramt. Dem guten Einvernehmen im Schöffenrat tut dieser Wechsel keinen Abbruch: Die Beziehungen zwischen dem neuen Bürgermeister der Stadt Xavier Bettel und seinem ersten Schöffen François Bausch sind vertrauensvoll und ausgesprochen freundschaftlich.

Bausch ist sichtlich begeistert vom energischen und kommunikativen Auftreten des neuen Bürgermeisters. Die CSV hingegen ist bei den Wahlen, wie Raymond Klein (*worxx*) zum damaligen Zeitpunkt analysiert, „strategisch betrachtet [...] gescheitert.“ Zwar ist sie weiterhin, wie die Sozialisten, fast in allen Gemeinden vertreten. Doch in den vier größten Städten – Luxemburg, Esch, Differdingen und Düdelingen – schafft die Partei es nicht in den Schöffenrat und verzeichnet ausnahmslos Stimmenverluste.



Dezember 2011

Erneutes Scheitern der Tripartite-Gespräche zwischen der CSV-LSAP-Regierung und den Sozialpartnern. Der Abbruch der Gespräche führt jedoch nicht nur zu einer Verhärtung der Fronten zwischen den Verhandlungspartnern, sondern auch un-

ter den CSV-Flügeln zu heftigen und dauerhaften Spannungen. Auch die Kommunikation zwischen den Koalitionspartnern LSAP und CSV scheint nachhaltig geschädigt und erschwert ein weiteres Zusammenarbeiten.



1.2.2012

Etienne Schneider wird Minister für Wirtschaft und Außenhandel. Er übernimmt damit die Ressorts des durch die Livange/Wickrange-Affäre angeschlagenen Ministers Jeannot Krecké (LSAP).

Der Parteifunktionär Schneider wurde 1997 unter Krecké Fraktionssekretär der LSAP. Nach den Wahlen von 2004 wechselte er gemeinsam mit seinem Mentor Krecké ins Wirtschaftsministerium und galt bis zu dessen Rücktritt als sein engster Mitarbeiter.



Annäherung zwischen DP und Déi Gréng



Ein wichtiges Element zur Erklärung des politischen Wechsels von 2013 bildet das Verhältnis zwischen DP und Déi Gréng. Beide Parteien bewegten sich sowohl auf kommunaler als auch auf nationaler Ebene seit Mitte der 2000er Jahre aufeinander zu. Zentral waren bei diesem Annäherungsprozess, welcher nur scheinbar durch programmatisch-ideologische Vorbehalte gebremst wurde, die Parlamentswahlen von 2004 und die Gemeindewahlen von 2005. Die Erfahrung der gemeinsamen Oppositionsarbeit (u. a. im Rahmen der Parlamentskommissionen) sowie die erfolgreiche und pragmatische Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene bildeten das Fundament für eine Zusammenarbeit auch auf Regierungsebene.

Dagegen war die CSV-DP-Koalition von 1999-2004 reich an Demütigungen für den kleineren Koalitionspartner und entwickelte sich zu einer traumatischen Erfahrung für die DP. Insbesondere Außenministerin Lydie Polfer musste sich hinter der erdrückenden Stellung von Premierminister Juncker einreihen, der den gesamten Raum der Außen- und Europapolitik beanspruchte. Der endgültige Bruch mit der CSV – den die liberale Partei nicht so schnell vergessen wird – kam am Wahlabend 2004. Als die Ergebnisse bekannt wurden, nahm Juncker Lydie Polfer zur Seite und legte der liberalen Parteivorsitzenden nahe, trotz des Verlustes von fünf Sitzen(!), nicht von einem Gang der DP in die Opposition zu reden, da die CSV-DP-Koalition, rein rechnerisch betrachtet, durch die fünf gewonnenen Sitze der CSV nicht verloren hätte. Polfer ging in die von Juncker gestellte Falle und kündigte für die DP an, die Koalition fortführen zu wollen. Der Premier dachte jedoch keineswegs an eine Neuauflage der Koalition mit den ungeliebten Liberalen, sondern wollte lediglich die Position der LSAP in den kommenden Koalitionsverhandlungen schwächen. Mit der möglichen Option einer Weiterführung des CSV-DP-Bündnisses in der Hinterhand konnte die CSV ihre Forderungen in den Verhandlungen mit den Sozialisten geradezu diktieren.

DP und Déi Gréng bauten im Zuge der parlamentarischen Oppositionsarbeit eine Vertrauensbasis auf. Aber auch auf kommunaler Ebene im Schöffenrat der Stadt Luxemburg klappte die Zusammenarbeit. Eine wesentliche Ursache für die erfolgreiche Beziehung bildete das Prinzip der Nichteinmischung in die Sphären des jeweils anderen. So beschränkten die Grünen sich auf ihre ökologischen Kernthemen und ließen dem liberalen Koalitionspartner in finanzpolitischen Fragen freie Hand. Dies änderte sich auch nicht, als Xavier Bettel 2011 überraschend ein knapp besseres Votum als Paul Helminger erreichte und neuer Bürgermeister der Stadt Luxemburg wurde. Auch im neuen Gespann Bettel/Bausch stimmte von Anfang an die Chemie.

Genauso wichtig war jedoch auf Ebene des Parlaments die Annäherung der beiden Fraktionen (hier hatte Bausch den DP-Präsidenten Claude Meisch als Partner) und ihrer parlamentarischen Mitarbeiter im Laufe der Aufarbeitung der Livange/Wickrange-Affäre einerseits und des Cargolux-Deals von Finanzminister Luc Frieden andererseits – zwei Affären, die beide eine ungesunde Nähe der CSV-LSAP-Regierung zu Wirtschaftsinteressen andeuteten und jeweils in einem Fiasko endeten. Diese punktuelle Zusammenarbeit der Opposition bekam schließlich eine weitere Dimension, als man im Rahmen des Geheimdienstkontrollausschusses feststellen musste, dass die Fundamente des Rechtsstaates in Gefahr waren. Die Zusammenarbeit zwischen den Oppositionsparteien (zu denen dann auch die beiden kleineren Parteien Déi Lénk und ADR zu zählen wären) mündete in der Einsetzung einer eigenen Untersuchungskommission und in einer gemeinsamen Analyse der Situation und letztlich der Feststellung, dass die CSV unter Jean-Claude Juncker trotz ihrer Machtfülle im Grunde gar nicht mehr regierungsfähig war.

Mai-Juli 2012



Die CSV-LSAP-Koalition steht unter gewaltigem Druck wegen der Affäre Livange/Wickrange, die seit 2009 schwelt und 2011 in die Öffentlichkeit gelangt. Premierminister Jean-Claude Juncker (CSV), Landesplanungsminister Jean-Marie Halsdorf (CSV) sowie Sport- und Wirtschaftsminister Jeannot Krecké (LSAP) wollten den Unternehmer Guy Rollinger überzeugen, seine Pläne für ein Shoppingcenter in Wickringen aufzugeben. Das Einkaufszentrum sollte stattdessen in das geplante Fußballstadion in Liwingen integriert werden. Die dortigen Grundstücke gehören dem Bauträger Flavio Becca, der nun mit Rollinger zusammenarbeiten sollte. Im Juni 2012 sprechen Claude Meisch (DP) und François Bausch (Déi Gréng) auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von Vorwürfen der „Erpressung“ und „Korruption“ gegenüber den Ministern Halsdorf und Krecké. Beiden wird eine zu große Nähe zu Flavio

Becca vorgeworfen, dem Besitzer der Radmannschaft Leopard. Minister Halsdorf soll bei Sparkassendirektor Jean-Claude Finck interveniert haben, um Rollinger den für das neue Projekt notwendigen Kredit zu sichern. Rollinger wirft Jeannot Krecké vor, ihn bedroht zu haben, damit er seine Pläne für Wickringen aufgibt. In einer „enquête préliminaire“ findet die Staatsanwaltschaft für beide Vorwürfe keine ausreichenden Beweise. Marc Spautz, Fraktionspräsident der CSV, wirft am 13. Juni in einer aggressiven Rede DP und Déi Gréng politisches Kalkül vor und vertieft damit den Graben zu beiden Parteien. Am 17. Juli 2012 entgeht Ex-Minister Krecké einer Anklage durch das Parlament – auch weil die Verfassung in diesem Punkt Lücken aufweist. Die CSV-LSAP-Koalition sitzt bei dieser Affäre in einem Boot, was ihren vorläufigen Zusammenhalt erklärt. (Siehe *forum* 331 für eine detaillierte Chronik dieser Affäre.)

2.10.2012



Finanzminister Luc Frieden stellt im Parlament den Haushaltsentwurf für 2013 vor und erntet selbst aus den Reihen der Regierungskoalition Kritik. In den nachfolgenden Debatten desavouieren Juncker und Asselborn „ihren“ Finanzminister. Die Abgeordneten Marc Spautz (CSV) und Lucien Lux (LSAP) legen einen Budget-Gegenentwurf der Mehrheitsfraktionen vor. Bereits in den vorangegangenen Budgetdiskussionen hatte Jean-Claude

Juncker seinen Finanzminister vor versammelter Regierungsmannschaft bloßgestellt und gemäßregelt: „Finanzpolitik besteht aus zwee Wieder. Finanzen a Politik. Vu Finanzen mengers de eppes ze verstoën. Vu Politik soën ech der, wäers de nie eppes verstoën.“ Das Verhältnis zwischen Jean-Claude Juncker und Luc Frieden ist zu diesem Zeitpunkt weitgehend zerrütet, selbst ein Rücktritt des Finanzministers scheint nicht ausgeschlossen.

16.11.2012



Nach einem letzten Gespräch mit Transportminister Claude Wiseler steigt Qatar Airways wieder aus Cargolux aus. Unter dem Druck der Öffentlichkeit und des Parlamentes hatten die katarischen Investoren ihre weitreichenden Forderungen nicht

durchsetzen können. Damit platzt ein Deal, den Finanzminister Luc Frieden 2011 mit unorthodoxen Methoden und zum Nachteil der öffentlichen Aktionäre eingefädelt hatte.

19.11.2012



Premierminister Jean-Claude Juncker bestätigt gegenüber RTL Radio Lëtzebuerg, dass er von seinem Geheimdienstchef Marco Mille mit einer eigens dafür präparierten Armbanduhr im Frühjahr 2008 abgehört worden sei. Juncker bezeichnet den Vorgang als „inakzeptabel“ und „nicht hinnehmbar“. Als er Mitte 2009 davon erfahren habe, so Juncker weiter, habe er den

damaligen Vorsitzenden der parlamentarischen Kontrollkommission des Geheimdienstes, Charles Goerens (DP), in Kenntnis gesetzt.

Mit dieser Nachricht nimmt der SREL-Skandal seinen Lauf und verdrängt damit die Cargolux-Affäre.

29.11.2012



Gegen 15 Uhr treffen sich die Regierungsvertreter, um die Geheimdienstaffäre zu bereden. Jean-Claude Juncker wirkt gereizt und aufgebracht wie selten zuvor. Er ist geradezu außer

sich. Die Beteiligten haben trotzdem den Eindruck, dass Juncker sich über die potentiell weitreichenden Konsequenzen der Affäre im Klaren ist.